



## **Rechtsausschuss**

### **25. Sitzung (öffentlich)**

10. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

**7**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4600

hier: Einzelplan 04

Vorlagen 14/1281 und 14/1308

Beratung

- 2 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JStVollzG NRW)**

**12**

Gesetzentwurf  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/4236

In Verbindung mit:**Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzuges in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JStVollzG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4412

In Verbindung mit:**Eckpunkte für ein nordrhein-westfälisches  
Jugendstrafvollzugsgesetz**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/2875

In Verbindung mit:**Eckpunkte des Jugendstrafvollzugsgesetzes für Nordrhein-Westfalen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/2864

Ausschussprotokoll 14/489  
Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 14/489

Beratung

**3 Bewährte Strukturen der Amtsgerichte in Nordrhein-Westfalen  
müssen erhalten bleiben!****16**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4864

Beratung

- 4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung von § 15a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (Ausführungsgesetz zu § 15a EGZPO – AG § 15a EGZPO) 20**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4975

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Gesetzentwurf der Landesregierung zuzustimmen.

- 5 Gesetz über die Sicherheit in Häfen und Hafenanlagen im Land Nordrhein-Westfalen (Hafensicherheitsgesetz – HaSiG) 22**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4240

Ausschussprotokoll 14/466  
Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll

– abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der – mitberatende – Ausschuss dem – federführenden – Ausschuss für Bauen und Verkehr, den Gesetzentwurf anzunehmen.

- 6 Nordrhein-Westfalen muss das Versammlungsrecht modernisieren! 24**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4480

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion empfiehlt der – mitberatende – Ausschuss dem – federführenden – Innenausschuss, den Antrag abzulehnen.

**7 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern 25**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4486

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Grünen-Fraktion sowie gegen die Stimmen der SPD-Fraktion empfiehlt der – mitberatende – Ausschuss dem – federführenden – Hauptausschuss, den Antrag abzulehnen.

**8 Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften erhöhen die Effizienz der Ermittlungen im Bereich der Dopingbekämpfung 26**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4862

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der – mitberatende – Ausschuss dem – federführenden – Sportausschuss, den Antrag abzulehnen.

**9 Privatsphäre von Verbraucherinnen und Verbrauchern schützen – Bundesratsinitiative für ein Verbot von Telefonwerbung! 28**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/5020

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion empfiehlt der – mitberatende – Ausschuss dem – federführenden – Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Antrag abzulehnen.

**10 Geplanter Neubau des Jugendgefängnisses in Wuppertal-Ronsdorf in einem Landschaftsschutzgebiet 30**

Beratung

**11 Verschiedenes****34**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, im Rahmen der Ausschusssitzung am 16. Januar 2008 ein Fachgespräch zum Thema Drogenkonsum zu führen.

\* \* \*



**4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung von § 15a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (Ausführungsgesetz zu § 15a EGZPO – AG § 15a EGZPO)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4975

**Vorsitzender Dr. Robert Orth** teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei durch Plenarbeschluss vom 9. September 2007 ausschließlich an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Man berate heute erstmalig über den Gesetzentwurf und sollte zumindest das weitere Beratungsverfahren festlegen.

**Wolfgang Schmitz (CDU)** begrüßt, dass nunmehr die vermögensrechtlichen Streitigkeiten aus dem Schlichtungsverfahren herausgenommen würden, da sich dieses in der Praxis nicht bewährt habe. – **Dr. Robert Orth (FDP)** schließt sich dem an.

**Gerd Stüttgen (SPD)** bemerkt, auch seine Fraktion schließe sich dem Gesetzentwurf grundsätzlich an. Er dokumentiere, dass die außergerichtliche Streitschlichtung mittlerweile Konsens sei. Mit der Herausnahme der vermögensrechtlichen Streitigkeiten könne seine Fraktion leben. Die teilweise Aufnahme von Ansprüchen aus dem Gleichbehandlungsgesetz verstehe seine Fraktion als Akzeptanz des Gleichbehandlungsgesetzes durch die Landesregierung.

**Monika Düker (GRÜNE)** sagt, auch sie begrüße die Herausnahme der vermögensrechtlichen Streitigkeiten aus der außergerichtlichen Streitschlichtung. Fragezeichen seien bei ihr jedoch entstanden, als sie von der Neuaufnahme der zivilrechtlichen Streitigkeiten nach Abschnitt 3 – Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – gehört habe. Innerhalb ihrer Fraktion sei umstritten gewesen, ob Teile dieses Gesetzes ins Schlichtungsgesetz übernommen werden sollten. Aufgrund dieser Bedenken enthalte sie sich der Stimme.

**Wolfgang Schmitz (CDU)** lässt wissen, aus seiner Erfahrung seien gerade solche Fälle, die die Abgeordnete Monika Düker angesprochen habe, sehr gut für Schiedsverfahren geeignet, da die Schiedsleute sehr gut in der Lage seien, auf die Beteiligten einzugehen. Von daher sollte man es begrüßen, dass dies mit in das Schiedsverfahren einbezogen werde. Dies sei mit Sicherheit kein Fehler.

**Frank Sichau (SPD)** sagt, bezüglich der Schiedsämter werde derzeit darüber diskutiert, inwieweit die Schiedsleute am Täter-Opfer-Ausgleich beteiligt werden sollten. Dies könne natürlich nicht durch den vorliegenden Gesetzentwurf geregelt werden, aber es gebe insofern einen Zusammenhang, als politisch immer wieder gesagt worden sei, dass zunächst das Gesetz abgewartet werden solle.

**Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (JM)** merkt an, Gegenstand der heutigen Erörterung sei der zivilrechtliche Teil. Über den strafrechtlichen Bereich sollte man bei anderer Gelegenheit reden. Diesbezüglich sei sie mit den Schiedsleuten im Gespräch.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag, dem Gesetzentwurf der Landesregierung zuzustimmen.